

SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion Die Linke
FDP-Fraktion
Ratsgruppe BUNT
Ratsgruppe GUT

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Historisches Rathaus

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 03.05.2018

AN/0707/2018

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	03.05.2018

Kölner innogy-Standort sichern –Arbeitsplätze in Köln erhalten!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Ratsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 03.05.2018 aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln spricht sich ausdrücklich für einen Erhalt des Kölner innogy-Standortes aus.
2. Er appelliert an die Verantwortlichen der beteiligten Konzerne RWE, EON und innogy selbst, im Zuge der anstehenden Neuordnung der Unternehmensstrukturen auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten und die Wahrung der Interessen der Beschäftigten sicherzustellen.
3. Die Verwaltung mit der Oberbürgermeisterin an der Spitze wird gebeten, in diesem Sinne Gespräche mit den Verantwortlichen aufzunehmen und sich für eine Sicherung des Standortes Köln einzusetzen.

Begründung:

Vor kurzem wurde bekannt, dass Eon und RWE entschieden haben, die RWE-Tochter innogy aufzuspalten und in diesem Zuge Geschäftsaktivitäten neu zuzuschneiden. Detailfragen und mögliche Auswirkungen für die Beschäftigten des Unternehmens sind dabei weiterhin unklar. Einer EON-Stellungnahme zufolge sei zunächst die volle Integration von innogy in den EON-Konzern vorgesehen. Eine Zusage, dass auf betriebsbedingte Kündigungen im Zuge der Zerschlagung verzichtet werde, gibt es bislang nicht.

Mit rund 350 Beschäftigten ist Köln nach Essen und Dortmund der drittgrößte Standort des Unternehmens in NRW. Am Kölner Standort wird neben den Gastronomie- und Servicefunktionen (u.a. HR, IT, Rechnungswesen) für die Region Rheinisches Revier insbesondere ein zentrales, deutschlandweit aktives Abrechnungs- und Kundenbetreuungszentrum für innogy betrieben. Es besteht ein hohes Interesse, die Arbeitsplätze für den Wirtschaftsstandort Köln zu erhalten und zu gewährleisten, dass im weiteren Verfahren die Interessen der Beschäftigten gewahrt bleiben. Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass mittel- bis langfristig auch im Kölner Umland ein weiterer massiver Verlust von Arbeitsplätzen droht, sollte es zu einem klimapolitisch gewollten Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung kommen.

Begründung der Dringlichkeit:

Infolge der drohenden Aufspaltung der RWE-Tochter innogy besteht die akute Gefahr, dass der innogy-Standort in Köln aufgegeben wird. In den kommenden Wochen werden in den beteiligten Unternehmen die Weichen für die geplante Neuordnung der Geschäftsfelder gestellt. Angesichts des in diesem Kontext drohenden Verlustes von Arbeitsplätzen und einer für Köln relevanten Niederlassung von innogy ist es jetzt unerlässlich, die Interessen des Wirtschaftsstandortes Köln und der dort Beschäftigten von Beginn an in den anstehenden Prozess einzubringen und auch von Seiten der Kölner Verwaltung aktiv zu vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE

gez. Ulrich Breite
FDP-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Thomas Hegenbarth
Sprecher Ratsgruppe BUNT

gez. Thor Zimmermann
Ratsgruppe GUT

